

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

vom 12. Juli 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Juli 2022)

zum Thema:

Spandau: Ella-Kay-Heim

und **Antwort** vom 25. Juli 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Juli 2022)

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

über den
Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/12564

vom 12. Juli 2022

über Spandau: Ella-Kay-Heim

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Um Ihnen ungeachtet dessen eine Antwort zukommen zu lassen, hat er die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) um Stellungnahmen gebeten. Die dem Senat von dort übermittelten Sachverhalte wurden bei der Beantwortung berücksichtigt.

1. Welche Planungen zur Nutzung des Ella-Kay-Heims werden seitens des Senats und/oder des Bezirksamtes verfolgt?

1.2 Plant der Senat das „Ella-Kay-Heim“ in Nutzungsmöglichkeiten für das BA Spandau zu überführen?
(Bitte konkretisieren bzw. begründen)

Zu 1. und 1.2.: Es gibt Überlegungen des Bezirks zu einer überwiegend sozialen Nutzung in seiner Vermögensträgerschaft. Diese sehen die Instandsetzung des Gemeinschaftshauses, den Abriss des Heimleiterhauses und des Waschhauses, den Neubau einer Kindertagesstätte sowie Maßnahmen zur Renaturierung vor.

2. Wie steht es um die Ertüchtigung des Ella-Kay-Heims?

Zu 2.: Die Überlegungen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, den Standort zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten zu nutzen, wurden nicht weiterverfolgt. Eine bauliche Umsetzung ist daher nicht erfolgt.

2.1. Wie hoch sind die Kosten und wer übernimmt diese?

2.1.: Dem Senat liegen keine Kostenschätzungen vor. Die Kosten für Abriss- und Baumaßnahmen wären durch die jeweiligen Vorhabenträger zu übernehmen.

Berlin, 25. Juli 2022

In Vertretung

Jana Borkamp
Senatsverwaltung für Finanzen